



Presseinformation mit Sperrfrist, 27. September 2022, 16:00 Uhr

Mehr Chancengerechtigkeit durch Ökonomische Bildung

- Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, sagte: "Im Sinne der Chancengerechtigkeit sollte eine flächendeckende ökonomische Bildung zur Selbstverständlichkeit werden."
- Studie "Ökonomische Kompetenzen und Einstellungen in Baden-Württemberg" zeigt positive Effekte auf das Wissen, die Fähigkeiten und das Interesse von Jugendlichen durch das 2016 eingeführte Schulfach "Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung"
- Nationale Strategie f
 ür ökonomische Bildung gefordert

Berlin, 27. September 2022 – Fehlende wirtschaftliche Kenntnisse erschweren vielen Menschen den Start in ein selbstbestimmtes Leben. In ihrer Gesamtheit werden sie zum Problem für Demokratie, Gesellschaft und die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Was Deutschland tun kann, um die ökonomischen Kompetenzen in den Schulen zu stärken, diskutierten rund 150 Expertinnen und Experten aus einer großen Bandbreite von Institutionen, u. a. aus Wissenschaft, Schule, Politik und Wirtschaft, auf dem ersten bundesweiten Kongress des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland e.V. (BÖB) in Berlin.

Die Bedeutung ökonomischer Bildung unterstrich Schirmherr **Dr. Robert Habeck**, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, zu Beginn der Veranstaltung: "Ökonomische Bildung kann und sollte heutzutage innovativ sein und mit Weitblick gestaltet werden. Außerschulische Ergänzungen des Lehrplans, wie z. B. Praxiskontakte oder Wettbewerbe, können nicht nur für konkretere Einblicke sorgen, sondern auch Vorteile für Unternehmen und Wirtschaft bringen. Jungen Menschen wird damit nicht nur der Übertritt in die Arbeitswelt erleichtert, sie werden auch befähigt, persönliche Entscheidungen im Bereich Ausbildung oder Studium zu treffen. Im Sinne der Chancengerechtigkeit sollte eine flächendeckende ökonomische Bildung daher zur Selbstverständlichkeit werden – für den Einzelnen, aber auch um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu wahren. Nur so können wir uns den Herausforderungen unserer Zeit nachhaltig stellen."

Für die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) und Bildungsministerin von Schleswig-Holstein Karin Prien ist "ökonomische Bildung ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung. Sie gehört damit zum Bildungsauftrag der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen. Ökonomische Bildung vermittelt nicht nur Wirtschaftskompetenz, sondern auch die Botschaft: Nimm Dein Leben selbst in die Hand, sei aktiv, übernimm Verantwortung. Sei Unternehmerin oder Unternehmer deines Lebens".

Dr. Jens Brandenburg, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, hielt ebenfalls ein starkes Plädoyer für die ökonomische Bildung von jungen Menschen: "Wissen ist der stärkste Schutz vor falschen Finanzentscheidungen mit erheblichen Folgen für die weitere Lebensgestaltung. Eigene Kenntnisse über die Wirkmechanismen der Finanzmärkte und über die Möglichkeiten der Geldanlage und der privaten Altersvorsorge stärken die finanzielle Selbstbestimmung. Ökonomische Bildung ist auch ein wichtiger Baustein für mehr Chancengerechtigkeit."



Dr. Nicola Brandt, Leiterin des OECD Berlin Centres, kritisierte die mangelnde strategische Initiative in Deutschland: "Im internationalen Vergleich kann das Land nicht mithalten. Entgegen der Empfehlung der OECD gibt es keine nationale Strategie für ökonomische Bildung und auch an der PISA-Zusatzstudie zur Finanzbildung hat Deutschland sich bisher nicht beteiligt."

Eine aktuelle Studie der Universität Koblenz-Landau belegt die Wirksamkeit ökonomischer Bildung in der schulischen Praxis. Denn nach Einführung des Schulfachs Wirtschaft in Baden-Württemberg im Jahr 2016 sind hier positive Effekte auf ökonomisches Wissen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler festgestellt worden. "Das Fach stärkt das Interesse der Jugendlichen an Wirtschaftsthemen", so **Jun.-Prof. Dr. Tim Kaiser**.

Dr. Michael Koch, Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg (lÖB), der deshalb eine hinreichende Verankerung im Schulunterricht optimalerweise als Unterrichtsfach oder mindestens als Doppelfach wie beispielsweise "Wirtschaft und Politik" forderte.

Ziel müsse es sein, so das Resümee einer Diskussionsrunde mit **Burkhard Balz** (Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank), **Dr. Nicola Brandt** (Leiterin des OECD Berlin Centre) und **Vanessa Koch** (Teamleiterin Finanzbildung im Bundesministerium für Finanzen der Republik Österreich), auch in Deutschland eine nationale Strategie für ökonomische Bildung auf den Weg zu bringen.

In ihrem Schlusswort hielten die beiden Co-Vorsitzenden des Bündnisses, **Verena von Hugo** und **Sven Schumann**, fest, dass die Erkenntnisse für eine stärkere Verankerung ökonomischer Bildung sprechen und dass es jetzt auf den politischen Willen auf Bundes- und Landesebene ankomme.

Über das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB)

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland ist eine von rund 100 überwiegend institutionellen Mitgliedern getragene gemeinnützige Initiative aus Lehrkräften, Verbänden, Wissenschaft und Wirtschaft. Wir setzen uns für eine Verankerung ökonomischer Bildung in allen weiterführenden Schulen in Deutschland ein – in angemessenem Umfang, fundiert vermittelt und verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler. Um dieses Ziel zu fördern, machen wir uns für eine bessere fachbezogene Qualifizierung der Lehrkräfte stark und vernetzen die Akteure der ökonomischen Bildung in Deutschland untereinander.

Originaltitel: Studie "Ökonomische Kompetenzen und Einstellungen baden-württembergischer Schülerinnen und Schüler im Zeitverlauf (2017 bis 2021)"

Zur Studie geht es hier: Zusammenfassung - Universität Koblenz · Landau (uni-koblenz-landau.de)

Internet und Hashtags

www.boeb.net

#BOEB_NET

#ökonomischeBildung

Pressekontakt

Sylvia Hüls E-Mail: presse@boeb.net Telefon: +49 211 - 385 85-98